

Kämpfen für mehr Personal im Krankenhaus!



An Berliner Charité wurde sich erster Tarifvertrag für Mindestbesetzung erstreikt

An der Charité haben die Beschäftigten und ihre ver.di-Betriebsgruppe den ersten Tarifvertrag über Gesundheitsschutz und Mindestbesetzung in einem Krankenhaus erkämpft! In einer schwierigen vier Jahre dauernden Auseinandersetzung haben die KollegInnen Durchhaltevermögen gezeigt und bewiesen: wer kämpft, kann etwas erreichen!

Wir von der Sozialistischen Alternative

haben in diesen vier Jahren (wie auch schon bei den Streiks 2006 und 2011) den Kampf auf vielen Ebenen unterstützt: durch unsere aktiven Mitglieder in der ver.di-Betriebsgruppe, im Bündnis „Berlinerinnen und Berliner für mehr Personal im Krankenhaus“, in der Gewerkschaft ver.di und der Partei DIE LINKE, durch Berichterstattung in unserer Zeitung „Solidarität“ und auf unserer Webseite sozialismus.info. Wir sind froh und stolz, dass wir diesen Kampf mit den aktiven KollegInnen und anderen UnterstützerInnen zusammen führen und zu einem Erfolg machen konnten.

Historischer Erfolg

Dieser Tarifvertrag hat nicht nur eine Bedeutung für die Arbeitsbedingungen und für den Patientenschutz an der Charité. Für Beschäftigte in Krankenhäusern in der ganzen Republik, aber auch im Ausland, wurde mehr als nur ein Zeichen gesetzt. Die Charité-KollegInnen haben bewiesen, dass Streiks in der Pflege nicht nur möglich sind.



www.sozialismus.info

berlin@sav-online.de

030 247 238 02

0177 173 1917

 /SozialistischeAlternativeSAV

„Hoffentlich nehmen sich viele Beschäftigte an den Charité Streikenden ein Beispiel und kämpfen dafür, dass Menschen wichtiger sind als Profite.“

Lucy Redler, aktiv im Bündnis „Berlinerinnen und Berliner für mehr Personal im Krankenhaus“ und SAV-Bundessprecherin

sind, sondern dass sie nötig sind, weil unerträgliche Arbeitsbedingungen bestehen, die die Gesundheit und das Leben von Beschäftigten und PatientInnen gefährden. Es ist ihnen gelungen das Tarifrecht und die Streikmöglichkeiten im Krankenhaus auszuweiten. Ihr Schlachtruf „Mehr von uns ist besser für Alle“ hat all das auf den Punkt gebracht und wurde von Krankenhaus-KollegInnen in ganz Deutschland aufgegriffen.

Die KollegInnen haben gezeigt: Wenn Arbeitsbedingungen unerträglich geworden sind, kann und darf man nicht auf die Versprechen von PolitikerInnen setzen, durch gesetzliche Regelungen Abhilfe zu schaffen. Man muss den

Kampf aufnehmen und Druck machen. Dieser Druck wird auch helfen, eine gesetzliche Regelung zu erstreiten. Der Kampf für einen Tarifvertrag und für eine gesetzliche Mindestpersonalbemessung waren und sind kein Widerspruch.

Der Staffelstab wurde nun weiter gereicht an KollegInnen im Saarland, in Hamburg, bei Vivantes und weiteren Krankenhäusern. Es ist an der Zeit, dass ver.di den Kampf für mehr Personal bundesweit koordiniert nach dem Beispiel der Betriebsgruppe an der Charité führt und zu einer Top-Priorität macht. Die Krankenhausstreiks im Rahmen der Tarifrunde Bund und Kommunen haben gezeigt, dass eine

neue Bewegung in der Entstehung begriffen ist, die die Unterstützung aller GewerkschafterInnen verdient. Und: durch Streiks werden Belegschaften aktiviert, organisiert und die Gewerkschaft gestärkt. An der Charité ist es durch Streiks gelungen Teile der Kolleginnen und Kollegen zu mobilisieren, die davor nicht mobilisiert worden waren. Das muss die Marschrichtung für die Zukunft sein!

Die Charité-Streiks der letzten Jahre haben auch neue Standards für die demokratische Organisation von Arbeitskämpfen und die Einbeziehung einer Belegschaft gesetzt: die Schaffung und Ermächtigung der TarifberaterInnen und dadurch die Aktivierung und Motivierung vieler KollegInnen, die Selbstverpflichtung der Tarifkommission, nicht gegen das Votum der TarifberaterInnen zu handeln, die Durchführung von Streikversammlungen und Diskussionsmöglichkeiten für die Streikenden, die Streik-Universität usw. sind wichtige Schritte bei der notwendigen Demokratisierung von Arbeitskämpfen unserer Gewerkschaften.

Rein in ver.di!

Es konnten nicht alle Forderungen durchgesetzt werden. Wir teilen die Einschätzung, dass nach vier Jahren Auseinandersetzung und der, durch die Verzögerungstaktik der Arbeitgeber nach dem Streik im Sommer letzten Jahres entstandenen Situation, wahrscheinlich nicht mehr hätte erreicht werden können. Das hängt auch damit zusammen, dass eine Belegschaft in einem Krankenhaus den Kampf alleine führen musste. Ohne die engagierte und kämpferische ver.di-Betriebsgruppe wäre das unmöglich gewesen. Wenn die bundesweite ver.di-Spitze von Anfang an genauso mutig, kämpferisch und engagiert gehandelt hätte, könnte das Ergebnis heute noch besser aussehen. Die Schlussfolgerung daraus sollte unserer Meinung nach sein: rein in ver.di! Betriebsgruppen aufbauen und stärken und sich in der Gewerkschaft für einen kämpferischen und demokratischen Kurs einsetzen.

Zweifellos beinhaltet der Tarifvertrag wichtige Verbesserungen bzw. die Möglichkeit Verbesserungen im Rah-

Was steht im Tarifvertrag an der Charité?



- Feste Personalquoten auf den Intensivstationen und in der Kinderklinik
- Auf Normalstationen PPR zu 90 Prozent plus Nachtdienste und Sondertatbestände
- Erwartet wird durch diese Regelungen ein Personalaufwuchs von circa 200 Beschäftigten in der Pflege

- Regelungen zum Gesundheitsschutz der Beschäftigten, die Überlastungsindizien klar festschreiben und eine Interventionskaskade festlegen, die bis zu Bettenschließungen und Kompensationsleistungen gehen kann
- Überwachung und Umsetzung des Gesundheitsschutzes durch einen paritätisch durch Arbeitgeber und Gewerkschaft besetzten Gesundheitsausschuss

men der Umsetzung des Tarifvertrags zu erreichen. Der politisch wichtigste Erfolg ist die Anerkennung, dass die Situation der Beschäftigten untragbar geworden ist! Erinnern wir uns: Professor Frei (ärztlicher Direktor an der Charité) hat noch im letzten Jahr behauptet, die Lage für die Beschäftigten sei nicht schlecht! Nun springen all diejenigen auf den von den Streikenden in Bewegung gesetzten Zug, die für die schlechten Arbeitsbedingungen mitverantwortlich sind – u.a. Regierungspolitiker aus SPD und CDU – und sagen, der Tarifvertrag sei richtig und wichtig. Warum biteschön musste dann vier Jahre gegen alle möglichen Widerstände darum gekämpft werden???

Mitmach-Tarifvertrag

Es ist ein Erfolg, dass feste Quoten für den Intensivbereich und die Kinderklinik durchgesetzt wurden. Es ist ein Erfolg, dass weitgehende Überlastungsindizes festgeschrieben wurden, die den Beschäftigten nun die Möglichkeit geben werden, gegen Arbeitsüberlastung vorzugehen. Das wird die aktive Mitarbeit der Betroffenen voraussetzen. Ohne Überlastungsanzeigen und das Ingangsetzen der so genannten „Interventionskaskade“ wird der Tarifvertrag keine Wirkung entfalten können. Es ist ein Mitmach-Tarifvertrag, der Engagement der KollegInnen voraussetzt. Ob diese „Interventionskaskade“ ausreicht, um auf Überlastungen effektiv zu reagieren wird sich in der Umsetzung herausstellen. Auch das bedarf der offenen und kritischen Debatte unter den Beschäftigten, die ja auch von der ver.di-Betriebsgruppe durch die Durchführung regelmäßiger Versammlungen organisiert werden soll.

Wie die ver.di-Betriebsgruppe selber schreibt, sind die Regelungen für die stationäre Pflege ein „deutlicher Kompromiss“. Es ist gut, dass hier nichts schön geredet wird, sondern die ver.di-Betriebsgruppe offen und ehrlich kommuniziert, was das Ergebnis ist. Gleichzeitig haben TarifberaterInnen

und Betriebsgruppe bewiesen, dass sie nicht zu faulen Kompromissen bereit waren, nur um einen Tarifvertrag um jeden Preis abzuschließen – als sie den von Arbeitgeberseite vor einigen Wochen plötzlich geforderten so genannten „Skill-Mix“ zurückwiesen und standhaft geblieben sind. Die Kapazitätsgrenze für den Anteil der nicht-examinierten Berufs- und Beschäftigtengruppen auf acht Prozent in der stationären Krankenpflege ist im Vergleich zur Situation in anderen, vor al-



lem privatisierten Häusern, vertretbar. Sollten die Arbeitgeber nun aber versuchen, die Situation auf einzelnen Stationen durch eine deutliche Erhöhung dieser Quote zu verschlechtern, muss dem entschlossen und gemeinsam Widerstand entgegen gesetzt werden.

Der Kampf geht weiter!

All das muss bedeuten: der Kampf geht weiter! Wenn es gelingt, die Gewerkschaft im Betrieb zu stärken, wenn mehr KollegInnen sich organisieren und aktiv werden, dann wird in Zukunft der Kampf für weitere Verbesserungen wieder aufgenommen werden können. Der ver.di-Betriebsgruppenvorsitzende Carsten Becker sagte zurecht auf einer der Streikversammlungen: Das ist ein Tarifvertrag über Mindestbesetzungen. Hier wurde festgeschrieben, was das absolute Minimum sein muss. Das bedeutet nicht, dass die Situation dadurch gut ist.

Dass das so ist hängt nicht zuletzt damit zusammen, dass es natürlich nicht möglich war, im Rahmen einer Tarifauseinandersetzung in einem Krankenhaus das eigentliche Problem anzugehen: die Durchökonomisierung

des Gesundheitswesens nach marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten, Fallpauschalen-System und Privatisierungen. Der Tarifvertrag hat natürlich auch nur im Rahmen der bestehenden Strukturen der Charité Handlungsmöglichkeiten eröffnen können. Der Gesundheitsausschuss ist ein Erfolg, aber seine paritätische Besetzung gibt dem Arbeitgeber durchaus die Möglichkeit zur Blockade. Um dies zu verhindern, wird auch Druck aus der Belegschaft und Unterstützung der ver.di-Vertrete-

rInnen im Gesundheitsausschuss durch die Belegschaft nötig sein. Solange Krankenhausleitungen nicht demokratisch durch Beschäftigte, Patientenverbände und Gewerkschaften gewählt werden, solange es keine Rückführung der privatisierten Bereiche in öffentliches Eigentum und eine auskömmliche Finanzierung des Gesundheitswesens auf Basis der Bedürfnisse von Beschäftigten und PatientInnen gibt, werden die Zustände auch nicht wirklich gut werden können!

Politische Veränderung nötig

Solche notwendigen Veränderungen werden nicht durch eine Belegschaft alleine durchgesetzt werden können. Dazu ist eine bundesweite Bewegung aller Krankenhausbeschäftigten, ja aller Lohnabhängigen und ihrer Gewerkschaften

nötig, denn alle sind potenzielle PatientInnen. Dazu sind aber auch gesellschaftliche, politische Veränderungen nötig. Solange Politik im Interesse der Reichen und Superreichen, der Banken und Konzerne gemacht wird, wird es auch kein bedarfsgerechtes Gesundheitswesen geben.

Euren langen Atem müsst Ihr also behalten und diesen brauchen Lohnabhängige und Erwerbslose insgesamt. Wenn wir aber als solche zusammen stehen, uns organisieren, auf die Straße gehen, streiken und Gegenwehr organisieren, dann können wir auch etwas erreichen.

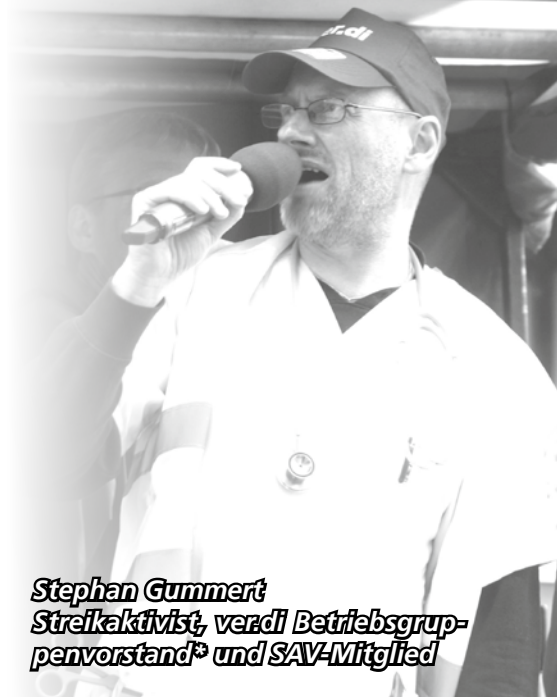
Wir brauchen eine andere Politik im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung. Wir brauchen kämpferische Gewerkschaften und eine Massenpartei, die für diese Interessen konsequent kämpfen. Das wird uns in Konflikt mit den Reichen und Mächtigen bringen, die dieses kapitalistische System unter allen Umständen aufrecht erhalten wollen, weil sie dadurch reich und mächtig werden. Wir können uns aber dieses System nicht mehr leisten: es macht uns krank, es zerstört die Umwelt, es führt zu Kriegen und Krisen. In vielen Ländern der Welt haben diese Krisen und Kriege zu Bewegungen von unten und zu neuen Debatten über Alternativen zum Kapitalismus geführt. In den USA hat der demokratische Sozialist Bernie Sanders den Präsidentschaftswahlkampf aufgemischt, in Großbritannien hat der Sozialist Jeremy Corbyn die Wahl zum Labour-Vorsitz gewonnen. In beiden Ländern haben sich Zehntausende aktiviert, um Veränderungen im Interesse von Mensch und Natur zu erkämpfen. So etwas ist auch in Deutschland nötig und es wird sich früher oder später auch entwickeln. Die Massendemonstrationen gegen TTIP sind ein Vorbote davon.

Die Krankenhausbeschäftigten, die begonnen haben, den Kampf für eine bessere Personalausstattung und für Gesundheitsschutz aufzunehmen, werden

in solchen Bewegungen gebraucht. Wir rufen alle auf, aktiv zu werden in der Gewerkschaft, der Partei DIE LINKE, in Bewegungen gegen Umweltzerstörung, TTIP, Rassismus und rechte Gewalt. Wir bieten allen an, das gemeinsam mit und in der SAV zu machen, die in all diesen Bereichen engagiert ist und sich für entschlossene Kämpfe, gegen faule Kompromisse und für eine antikapitalistische Perspektive einsetzt.

Treffen der SAV

„Nach dem Streik ist vor dem Streik. Die Krankenhäuser gehören uns allen!“



Stephan Gummert
Streikaktivist, ver.di Betriebsgruppenvorstand* und SAV-Mitglied

Was will die SAV?

Kapitalismus bedeutet Krise, Kriege, Sozialabbau, Umweltzerstörung und Diskriminierung. Dagegen muss massenhafter Widerstand organisiert werden. Dafür sind wir aktiv in der Partei DIE LINKE, den Gewerkschaften und sozialen Bewegungen. Wir treten für eine kämpferische und sozialistische LINKE und für kämpferische und demokratische Gewerkschaften ein.

Der Kapitalismus kann nicht zu einer sozial gerechten Gesellschaft umgestaltet werden. Deshalb gilt es, den Kampf für Verbesserungen mit dem Kampf für eine sozialistische Gesellschaft zu verbinden. Sozialismus bedeutet, dass Banken und Konzerne in Gemeineigentum sind und die Gesellschaft demokratisch durch die arbeitende Bevölkerung kontrolliert und verwaltet wird. Das hat nichts mit den stalinistischen Diktaturen zu tun, die in der DDR oder der Sowjetunion existierten.

Die SAV ist Teil der weltweiten sozialistischen Organisation Komitee für eine Arbeiterinternationale. Ziel ist der weltweite Aufbau sozialistischer Massenorganisationen, die dafür sorgen können, den Kapitalismus durch Massenbewegungen zu stürzen und durch eine sozialistische Demokratie zu ersetzen.

- Demokratisches öffentliches Eigentum an Banken und Konzernen!
- Kooperation und demokratische Planung statt Marktkonkurrenz und Profitlogik
- Nein zum Europa der Banken und Konzerne – für ein sozialistisches Europa der arbeitenden Bevölkerung